



Presseschau vom 20.06.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

Marcel Joppa: „Eine Hand wäscht die andere“ statt „Dem Deutschen Volke“ – Hinter den Kulissen der Macht

Der jüngste Fall um Nebentätigkeiten des CDU-Politikers Philipp Amthor ist nur ein kleines Strohfeuer in der ansonsten völlig im Dunkeln liegenden Welt von Lobbyismus und mächtigen Netzwerken. Doch Stück für Stück enthüllt sich nun ein Geflecht zwischen Union und Wirtschaft, das aufhorchen lässt. Ist das nur die Spitze des Eisbergs? ...

<https://sptnkne.ws/CJEX>

Alexander Boos: Krimi aus dem echten Leben: Der Thriller um die Server des Rufmord-Prangers „Psiram“

Server in Island und Rumänien stellen den technischen Betrieb der wohl „illegalen und kriminellen“ Internet-Seite „Psiram“ sicher. Diese Sichtweise vertritt Doku-Filmer Markus Fiedler. Er konnte durch Recherchen Strukturen, Hintergründe und Netzwerke hinter der Seite aufdecken: „Ein Firmen-Chef scheint in Bukarest untergetaucht zu sein.“

<https://sptnkne.ws/CJHg>

abends/nachts:

lug-info.com: Erklärung des Oberhauptes der LVR Leonid Pasetschnik

Nach dem ich die vollständige Gefechtsbereitschaft der Einheiten der Volksmiliz der

Lugansker Volksrepublik ausgerufen hatte, hörten die Beschießungen von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine auf, und fast zwei Wochen lang wurde das Regime der Feuereinstellung eingehalten. Nach der Absenkung der Gefechtsbereitschaft der Volksmiliz hat die Ukraine den Beschuss unserer Ortschaften wieder aufgenommen. Es wird offensichtlich, dass im Fall einer Notwendigkeit und beim Vorhandensein eines politischen Willens Kiew trotz allem in der Lage ist, seine Verpflichtungen zur Einhaltung einer allumfassenden Feuereinstellung, die vom Maßnahmekomplex vorgesehen ist, einzuhalten. Unerfüllbare Verpflichtungen sind dort nicht enthalten. Die entstandene Situation zeigt, dass die Beschießungen, aufgrund derer friedliche Einwohner des Donbass sterben, eine politische Geste sind, deren Initiator bekannt ist.

Wladimir Alexandrowitsch, jetzt wissen wir beide, dass Sie in der Lage sind, den Beschuss zu beenden, den Tod einfacher Menschen, Kinder, Rentner zu verhindern und so Ihr Hauptwahlversprechen zu erfüllen – der Ukraine und den Republiken des Donbass Frieden zu bringen. Ich bitte Sie nachdrücklich, im Vorfeld des großen gemeinsamen Festtags – des Tages des Sieges – in der Praxis zu demonstrieren, dass Sie ihr Wort halten können. Heute bereitet sich die Republik auf die Parade zum 75. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg vor, der unserem Land Schmerz, Entbehrungen und Leiden gebracht hat. Der Sieg über den Faschismus war ein gemeinsamer der ganzen Sowjetunion, darunter auch der Ukraine.

Denken Sie daran, Wladimir Alexandrowitsch und halten Sie ihre Truppen vom Schießen auf unsere Menschen und Häuser zurück. Treffen Sie eine richtige Entscheidung und geben Sie dem Donbass die Möglichkeit, sich friedlich und ruhig auf diesen großen Tag – die Parade des Sieges – vorzubereiten.

Andernfalls werde ich gezwungen sein, die zuvor genannten Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Zivilbevölkerung und der zivilen Infrastruktur der Lugansker Volksrepublik zu ergreifen.

Das Oberhaupt der Lugansker Volksrepublik
Leonid Pasetschnik

vormittags:

de.sputniknews.com: US-Verordnung verweigert chinesischen Airlines Flüge – um „Parität aufrechtzuerhalten“

Das US-Verkehrsministerium hat am Freitag eine Verordnung verabschiedet, die die Anträge chinesischer Fluggesellschaften auf Flüge zwischen den USA und China ablehnt. Die Mitteilung des Ministeriums wurde auf der offiziellen Webseite publik gemacht.

In der Verordnung wurden demnach die künftigen Flugpläne der chinesischen Luftfahrtunternehmen abgelehnt.

Dies sei eine administrative Handlung, die die Parität im regulären Personenverkehr zwischen amerikanischen und chinesischen Fluggesellschaften aufrechterhalten soll, hieß es.

Die Parität soll den Airlines betroffener Länder die Möglichkeit gewährleisten, vier reguläre Passagier-Hin- und Rückflüge pro Woche zu unternehmen.

„Das Ministerium hat unseren chinesischen Kollegen übermittelt, dass diese Verordnung nur eine Verfahrensfrage ist und dies nicht als Eskalation unsererseits betrachtet werden sollte.“

Im Ministerium wurde betont, die Maßnahmen seien zu überdenken, falls die chinesischen Luftfahrtbehörden ihre Politik ändern würden, um die notwendige Verbesserung der Situation für US-amerikanische Airlines herbeizuführen.

Einstellung der Passagierflüge in die USA

Ende Januar hatte die US-Regierung wegen der Verbreitung der neuartigen Corona-Infektion

ein Einreiseverbot für Bürger aus einer Reihe von Ländern in die Vereinigten Staaten verkündet, die zwei Wochen zuvor in China waren. Für chinesische Fluggesellschaften wurden allerdings keine Einschränkungen eingeführt. Im Februar hatten die meisten US-amerikanischen Airlines beschlossen, alle Passagierflüge nach China freiwillig einzustellen. Mitte Februar war die Zahl der Flüge zwischen den zwei Ländern auf 20 gesunken, diese wurden aber nur von chinesischen Fluggesellschaften unternommen.

Ferner hatte das Hauptamt für Zivilluftfahrt Chinas im Rahmen der Prävention der Coronavirus-Verbreitung alle chinesischen Airlines aufgefordert, mit jedem einzelnen Land nur eine Route zu erhalten und nicht mehr als einen Flug pro Woche zuzulassen. Von allen ausländischen Fluggesellschaften wurde verlangt, ab dem 12. März keine Flüge mehr zu unternehmen.

Das Verkehrsministerium der USA erklärte daraufhin, diese Forderung verhindere tatsächlich die Wiederaufnahme der regulären Passagierflüge nach China, da alle US-Airlines ihre Flüge in die Volksrepublik am 12. März eingestellt hatten. Im Ministerium wurde betont, die Fluggesellschaften Delta Air Lines und United Airlines hätten im Juni vor, die Flüge nach China wiederaufzunehmen.

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 19. Juni wurden zwei Beschießungen von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt.

Beschossen wurden **Golubowskoje** und **Beresowskoje**. Geschossen wurde mit Schützenpanzerwaffen (45 Schüsse).

Während des Beschusses von Golubowskoje wurde ein Wohnhaus in Wolgogradskaja-Straße 16 beschädigt.

Beim Beschuss von **Beresowskoje** wurde **ein Zivilist verletzt**.

Infolge einer Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte **starb in Solotoje-5 (Michajlowka) ein Mann, geb. 1954, ein Mann, geb. 1940, und eine Frau, geb. 1959 wurden verletzt**. Außerdem wurden drei Wohnhäuser in der Potschtowaja-Straße 34 und 35 und der Proiswodstwennaja-Straße 21 beschädigt.

de.sputniknews.com: **Irans Außenminister über Frankreich, Deutschland und Großbritannien: „Trumps Komplizen“**

Der iranische Außenminister Mohammad Dschawad Sarif hat Frankreich, Deutschland und Großbritannien als „Komplizen“ von US-Präsident Donald Trump und dem israelischen Premier Benjamin Netanjahu qualifiziert.

Die Außenminister von Deutschland, Frankreich und Großbritannien hatten am Freitag den Iran nachdrücklich aufgefordert, operativ und in vollem Maße mit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) zusammenzuarbeiten und Zugang zu (Urananreicherungs-)Stätten zu gewähren, wie das die Organisation verlange. Die Seiten betonten, dass „die europäischen Drei“ auch nach dem Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen weiter ihren Verpflichtungen aus dem Deal nachkämen.

„Die Europäischen Drei sollen damit aufhören, das Gesicht in der Öffentlichkeit zu wahren. Sie sollten Mut haben und das öffentlich bekennen, was sie sich selbst eingestanden haben, und zwar die Unfähigkeit, ihren eigenen Verpflichtungen aus dem Allgemeinen Umfassenden Aktionsplan nachzukommen – wegen der totalen Schwäche beim Widerstand gegen Schikanen der USA. Hinter der Fassade verstecken sich die Europäischen Drei als Komplizen von Trump und Netanjahu. Sie sind unter diesen Umständen nicht dazu berechtigt, dem Iran Ratschläge zu geben“, schrieb Sarif auf Twitter.

Sarif fügte seiner Publikation die Überschriften von zwei eigenen Artikeln aus dem Jahr 2018 bzw. 2019 in den Zeitungen „Straits Times“ und „Atlantic“ bei. Eine davon lautet: „Europa scheint sich angesichts der US-Sanktionen gegen den Iran kleinzumachen.“

Der Iran und die internationale Sechsergruppe (USA, Russland, China, Frankreich,

Großbritannien und Deutschland) hatten sich im Juli 2015 über die Regelung des langjährigen Atomproblems des Irans geeinigt. Die langwierigen Verhandlungen endeten mit der Verabschiedung des Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplans. Mit dessen Umsetzung sollten die gegen den Iran verhängten Wirtschafts- und Finanzsanktionen von Seiten des UN-Sicherheitsrates, der USA und der Europäischen Union aufgehoben werden. Demnach sollte das Waffenembargo innerhalb von fünf Jahren aufgehoben werden. Waffenlieferungen dürften in diesem Zeitraum nur mit Erlaubnis des UN-Sicherheitsrates abgewickelt werden, hieß es. Der Atomdeal in seiner ursprünglichen Form existierte knapp drei Jahre: Im Mai 2018 kündigten die USA einen einseitigen Austritt aus dem Deal und die Wiederaufnahme der harten Sanktionen gegen Teheran an.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/26765/37/267653768_0:317:2613:1730_1000x0_80_0_1_9502d48d17d08ba284a338578549ba7a.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 19. Juni 3:00 Uhr bis 20. Juni 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen von Seiten der BFU 3.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Bergwerks 6/7, Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Alexandrowka.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurden gestern Morgen infolge des Beschusses von Alexandrowka sechs Wohnhäuser und eine Stromleitung beschädigt.

Außerdem wurde infolge des Beschusses auf die **Siedlung des Bergwerks 6/7 ein Mann, geb. 1973, verletzt.**

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 33.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 87.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

deutsch.rt.com: **Teil des US-Plans gegen Maduro klappt besser als Putschversuch:**

Historischer Einbruch der Ölexporte

In der ersten Junihälfte erreichten Venezuelas Ölexporte den niedrigsten Stand seit über 70 Jahren. Reedereien und potenzielle Kunden schrecken vor dem Risiko zurück, zum Ziel harter Strafen seitens der USA zu werden, wie es jüngst jenen erging, die den Handel wagten. Venezuelas Ölexporte fielen in der ersten Junihälfte um fast 28 Prozent und erreichten damit den niedrigsten Stand seit mehr als 70 Jahren, da Tankschiffbesitzer und -betreiber Verträge zum Transport des venezolanischen Öls aussetzen. Das berichtet die Nachrichtenagentur Reuters.

Nachdem die Vereinigten Staaten Anfang des Monats vier Schiffe und deren Eigentümer wegen des Transports venezolanischen Rohöls sanktioniert hatten, meiden Reedereien Venezuela. Sie fürchten, ebenfalls "bestraft zu werden, wie es als Teil des Plans geschieht, der Präsident Nicolás Maduro unter anderem durch die Kürzung seiner Einnahmen aus dem Verkauf von Öl unter Druck setzen soll, wie Reuters schreibt.

Die Transporte beliefen sich in diesem Monat bisher auf durchschnittlich 325.000 Barrel pro Tag (barrel per day, bpd) und lagen damit sogar noch unter dem im Mai verzeichneten 17-Jahres-Minimum von 452.000 bpd. Zu Beginn des Jahres 2019, vor den Sanktionen, exportierte Venezuela laut der zu Reuters gehörenden Analyseplattform Refinitiv Eikon noch etwa 1,4 Millionen bpd.

Laut internen Firmendokumenten und Daten, die Refinitiv Eikon auswertete, hatten die staatliche Ölfirma PDVSA und Schiffsbetreiber bis zum 15. Juni fünf weitere für diesen Monat geplante Transporte abgesagt.

Der starke Rückgang der Exporte führte dazu, dass der verfügbare Platz für die Lagerung nicht mehr ausreicht, sodass PDVSA gezwungen ist, die Produktion zu reduzieren.

Im Juni konnten dennoch sieben Lieferungen von Rohöl und Treibstoff an langjährige Kunden wie das italienische Unternehmen Eni, das spanische Unternehmen Repsol und das kubanische Staatsunternehmen Cubametales exportiert werden.

Repsol, das wie Eni venezolanisches Öl als Zahlung von Dividenden und Schulden erhalten hatte, teilte mit, das Unternehmen halte sich an die Sanktionen und Vorschriften. Auch das griechische Unternehmen NGM Energy hatte diese Woche erklärt, dass es einen Tanker aus den venezolanischen Gewässern umgeleitet habe, um Schiffe, die die Häfen des Landes ohne ausdrückliche Genehmigung der Vereinigten Staaten anlaufen wollen, nicht zu bedienen. Weniger devot zeigte sich laut Berichten von Bloomberg China, das zwar offiziell bereits seit Herbst vergangenen Jahres kein Erdöl mehr aus Venezuela bezieht. Doch laut Informationen des Datennachrichtendienstes Kpler warteten bis zum 15. Juni bis zu 3,3 Millionen Barrel vor der chinesischen Küste, während weitere fünf Millionen Barrel auf dem Weg zum Hafen von Qingdao waren.

Laut dem aktuellen Buch des ehemaligen US-Sicherheitsberaters John Bolton soll US-Präsident Trump eine mögliche Invasion in Venezuela als "cool" bezeichnet haben. Dass eine Invasion neben den Sanktionen nicht nur als eine von mehreren Optionen betrachtet wird, befürchten viele in Venezuela, zumal die USA jüngst vermehrt Truppen ins Nachbarland Kolumbien entsendeten und anscheinend in die missglückte "Operation Gideon", den fehlgeschlagenen Putschversuch gegen Maduro, auch von höchster Stelle involviert waren.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2020.06/article/5eeb98b5b480cc5ddd652398.JPG>

Mzdnr.ru: Am 19. Juni wurden in der DVR 35 neue Fälle von Coronavirusinfektionen registriert, teilt das Gesundheitsministerium mit.

Alle neuen Fälle sind Kontaktpersonen zu zuvor Infizierten, darunter sind fünf medizinische Beschäftigte und ein Kind, das in Kontakt mit seinen zuvor erkrankten Eltern war. Derzeit ist der Zustand der Patienten zufriedenstellend, alle erhalten die notwendige ärztliche Behandlung.

17 Personen wurden nach zwei negativen Tests als gesund entlassen.

Außerdem gab es zwei Todesfälle – Männer im Alter von 62 und 63 Jahren.

Am 20. Juni um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 994 Fälle von Infektionen registriert. 657 Patienten sind derzeit in Behandlung, 278 als gesund entlassen, es gibt 59 Todesfälle.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Treibstoff-Leck auf Raumbahnhof Kourou – Russische Fachleute entsorgen toxische Reste**

Fachleute aus der russischen Forschungs- und Produktionsvereinigung „Lawotschkin“ sind jetzt dabei, auf dem Raumbahnhof Kourou in Französisch-Guayana Reste des toxischen Treibstoffs zu entfernen, der aus dem Beschleunigungsblock „Fregat“ ausgelaufen ist. Das teilte ein Sprecher der russischen Raumfahrtbehörde Roskosmos mit.

„Das ist eine recht langwierige Prozedur, die aber die Möglichkeit bieten soll, Wege zur Beseitigung des Problems zu finden“, sagte der Sprecher.

Das im „Fregat“-Lagerraum befindliche System zur Erkennung von Oxydator-Ausdünstungen (toxischem Stickstofftetroxid) sprach am 21. Mai an. Am 6. Juni trafen Fachleute aus Russland am Raumbahnhof ein. Sie besichtigten den Beschleunigungsblock und legten den Umfang der erforderlichen Operationen fest.

„Fregat“ war zur Beförderung eines Satelliten der Vereinigten Arabischen Emirate, Falcon Eye-2, mit einer Trägerrakete vom Typ Sojus-ST-A in den Weltraum bestimmt. Der Start sollte Anfang März stattfinden, wurde jedoch wegen eines Problems mit dem Beschleunigungsblock verschoben. Es wurde beschlossen, den Beschleunigungsblock durch einen Reserveblock zu ersetzen.

Mitte März wurde dann der Raumbahnhof Kourou wegen der Coronavirus-Pandemie geschlossen und der Start bis Mitte Oktober verschoben. Die Fachleute enttankten den Beschleunigungsblock und kehrten Ende April nach Russland zurück.

Seit Oktober 2011 haben insgesamt 23 russische Sojus-Raketen vom Raumbahnhof Kourou

abgehoben. Bei einem der Starts im August 2014 wurden europäische Galileo-Navigationsatelliten wegen einer „Fregat“-Panne in eine unplanmäßige Umlaufbahn gebracht.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32740/01/327400102_0:194:3072:1856_1000x0_80_0_1_35043d37b4710a7434c43ac075d91ebc.jpg

de.sputniknews.com: **Europaparlament: EU sollte China wegen Hongkong-Gesetz verklagen**

Chinas Ausarbeitung eines Sicherheitsgesetzes für Hongkong ist im Europaparlament auf heftige Kritik gestoßen. Die Abgeordneten forderten in einer am Freitag mit großer Mehrheit gebilligten EntschlieÙung eine klare Positionierung der EU für die Autonomie Hongkongs. Die EU-Regierungen haben bereits ihre Besorgnis über das Sicherheitsgesetz für Hongkong geäußert, das nach der Meinung von demokratischen Aktivisten, Diplomaten und einigen Unternehmen seinen Status der Halbautonomie und seine Rolle als Finanzzentrum gefährden könne.

Die 565 Mandatsträger des Europäischen Parlaments stimmten gegen Chinas Sicherheitsgesetz für Hongkong (34 Abgeordnete stimmten dafür, 62 enthielten sich der Stimme). Dabei behaupten Europa, Australien und die Vereinigten Staaten, dass dieses Gesetz das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ untergraben würde.

Das Europäische Parlament „fordert die EU und ihre Mitgliedsstaaten auf, falls das neue Sicherheitsgesetz verabschiedet werden sollte, den Fall an den Internationalen Gerichtshof weiterzuleiten“, heißt es in der EntschlieÙung.

Das EU-Parlament appellierte insbesondere an Deutschland, während seiner Ratspräsidentschaft die Arbeit an einer weltweit geltenden EU-Sanktionsregelung bei Menschenrechtsverstößen abzuschließen. Das Parlament forderte außerdem, dass der Rat gezielte Sanktionen wie das Einfrieren von Vermögen chinesischer Amtsträger beschließt. Der Sprecher des chinesischen Parlaments, You Wenzhe, habe sich entschieden gegen die EU-Resolution ausgesprochen und die EU beschuldigt, Tatsachen zu verzerren und sich in Hongkongs innere Angelegenheiten einzumischen.

Das Sicherheitsgesetz

Am 28. Mai hatten die Abgeordneten des Nationalen Volkskongresses (Chinas Parlament) eine „Entscheidung zur Schaffung und Verbesserung des Rechtssystems und der Rechtsanwendungsmechanismen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit in dem Sonderverwaltungsgebiet Hongkong“ verabschiedet. Die Resolution delegiert dem Ständigen Ausschuss des Parlaments die Ausarbeitung des Entwurfs des Sicherheitsgesetzes für Hongkong.

Der Gesetzentwurf richtet sich gegen Aktivitäten, die subversiv oder separatistisch angesehen werden. Er beinhaltet ein Verbot auf alle Formen der Aufforderungen zum Sturz der Zentralregierung sowie zum Terrorismus und zur Einmischung von außen.

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 20.06.2020**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der DVR im GZKK hat der Gegner **in den letzten 24 Stunden viermal das Regime der Feueereinstellung verletzt.**

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 35. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Palas die **Siedlungen des Bergwerks 6/7 und des Gagarin-Bergwerks** mit 120mm- und 82mm-Mörsern beschossen.

Infolge des gestrigen Beschusses der ukrainischen Kämpfer wurde ein ziviler Einwohner im Gebiet von Gorlowka verletzt, außerdem wurde eine Wasserleitung beschädigt, die Ortschaften auf von der ukrainischen Seite kontrolliertem Territorium versorgt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 79. Brigade und Führung Luzenkos die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** mit Antipanzergrenatwerfern und Schusswaffen beschossen. Außerdem haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Alexandrowka** beschossen, anschließend wurden Schäden an sechs Wohnhäusern in der Lenin-Straße 18, 23, 24, 28, 32, 39 festgestellt.

Außerdem wurde eine Stromleitung in der Lenin-Straße beschädigt, 50 Häuser hatten keinen Strom. Gestern haben die Notdienste die Stromversorgung wieder in Betrieb genommen. Durch erwidertes Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen wurden die **Feuerstellungen des Gegners unterdrückt.** Die Verluste der Kämpfer betragen einen Toten und zwei Verletzte.

Die Materialien zu den Fällen von Beschuss wurden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen die Brigadekommandeure Luzenko und Palas hinzuzufügen.

Um die Morde und Verletzungen an friedlichen Einwohnern des Donbass sowie die zielgerichtete Vernichtung von Objekten der zivilen Infrastruktur in den Augen der Öffentlichkeit zu rechtfertigen, **hat der Stab der OOS einen außerplanmäßigen Einsatz von Massenmedien und einer zusammengesetzten Abteilung für psychologische Operationen des 83. Zentrums für informationspsychologische Operationen geplant**, um den Informationshintergrund zu bearbeiten und die Bevölkerung von Beschuss von Seiten der Volksmiliz zu überzeugen sowie ihre Verluste zu begründen.

Nach Angaben unserer Aufklärung ist im Verantwortungsbereich der 54. und der 10. Brigade die Arbeit von Massenmedien mit vier Journalistengruppen von Fernsehsendern („5. Kanal“, „Ukraina“) und Informationsagenturen („NewsOne“ und „France Presse“) sowie Vertretern des Pressedienstes des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ zur Erstellung von Informationsmaterialien und Videoreportagen unter Heranziehung der Zivilbevölkerung, die die Volksmiliz der Verletzung des Regimes der Feueereinstellung beschuldigen, festzustellen. Wir wenden uns an die Einwohner des von der Ukraine kontrollierten Territoriums, nicht an den Provokationen der Propagandisten teilzunehmen und damit den ukrainischen Kämpfern die Möglichkeit zu entziehen, sich für ihre Verbrechen zu rechtfertigen.

Im Versuch, sich in den Augen des Kommandos für 14 Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten, die die 79. Brigade seit Anfang Juni erlitten hat, zu rehabilitieren, hat der Kriegsverbrecher Luzenko eigenmächtig entschieden, trotz der Entscheidung des Kommandeur Sokolow radikale Maßnahmen zu ergreifen.

So wurde nach Angaben unserer Quelle dem Kommandeur des 1. Bataillons die Aufgabe gestellt, Minen im Gebiet von Krasnogorowka zu installieren.

Luzenko berichtete dem Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“, dass es notwendig sei, Minenfelder unter Einsatz von Antipersonenminen PMN-2 einzurichten, weil angeblich Minensperren fehlen.

Die Soldaten, die von dem Plan des Brigadekommandeurs erfuhren, weigerten sich

kategorisch, die Schützengräben zu verlassen, da sie um ihr Leben und ihre Gesundheit fürchteten, weil es keine Karten der Minenfelder gibt.

Wir rufen die ukrainischen Soldaten auf, gesunden Menschenverstand zu zeigen. Die Ausführung verbrecherischer Befehle der Kommandeure würde direkt zu Tod oder ruinierter Gesundheit führen, für den Karrieristen Luzenko würde es eine weitere Auszeichnung sein, aber für Eure Familien bedeutet das Schmerz und Leiden.

Nach Angaben unserer Quelle wird in den Einheiten der 36. Marineinfanteriebrigade eine **Ermittlung zu einem Fall von Verletzung von vier Soldaten bei Übungen zur Luftlandeausbildung** mit Fallschirmsprüngen auf einem Übungsplatz im Gebiet von Radensk durchgeführt. Infolge der schlechten fachlichen Ausbildung und der Verletzung von Sicherheitsbestimmungen erlitten der Obermatrose Nesterenko und der Matrose Kaljushnyj zahlreiche Knochenbrüche an den unteren Gliedmaßen, die Feldweibel Noskow und Wischnewkij befinden sich in einem ernsten Zustand, die Verletzten wurden in das Zentrum für Diagnostik des Chersoner klinischen Oblast-Krankenhauses unter dem Anschein von Zivilisten eingeliefert.

Inzwischen hat der neue Kommandeur der Marinestreitkräfte der Ukraine Neishpapa persönlich die Ermittlungen unter Kontrolle genommen. In der 36. Brigade wird eine interne Überprüfung durchgeführt.

de.sputniknews.com: „Geschichte nicht umschreiben“: Zustimmung für Putins NI-Artikel in London

Das britische Außenministerium scheint den wichtigsten Punkten des Beitrags über dem Zweiten Weltkrieg zuzustimmen, den der russische Präsident Wladimir Putin für die US-amerikanische Fachzeitschrift „The National Interest“ geschrieben hat.

Ein Sprecher des britischen Außenministeriums verkündete in einer Erklärung, dass „unsere gemeinsame Geschichte nicht als politisches Instrument verwendet“ oder von den Regierungen in ihrem eigenen Interesse „neu geschrieben“ werden sollte.

Der Mut und die Opfer der UdSSR, der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und all ihrer Verbündeten hätten zur „Niederlage des NS-Regimes“ geführt, hieß es weiter.

„75 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges“

Russlands Präsident Wladimir Putin hat für die US-amerikanische Fachzeitschrift „National Interest“ (NI) einen Artikel über den 75. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges und die Folgen des Krieges für die Zukunft verfasst. Darin legte Putin nicht nur zahlreiche historische Fakten dar, sondern teilte auch die Erinnerungen seiner Familie an den Krieg. Auch auf Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg und auf Fragen der internationalen Zusammenarbeit ging er ein.

Der Herausgeber der NI, Jacob Heilbrunn, gab an, dass die Idee der Veröffentlichung darin bestehe, „mehr Debatten über Vergangenheit und Gegenwart“ auszulösen und die US-amerikanische Politik in Richtung eines realistischeren Standpunkts zu lenken.

Umstrittene Resolution des EU-Parlaments

Im September 2019 verabschiedete das Europäische Parlament eine Entschließung, in der der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges teilweise dem Molotow-Ribbentrop-Pakt zugeschrieben wurde, einem von Nazideutschland und der Sowjetunion unterzeichneten Nichtangriffspakt vom 1939. Putin bezeichnete damals die von den polnischen Abgeordneten initiierte Resolution als einen „völligen Unsinn“. Der Streit über die Ursprünge des Krieges hatte zudem zu einem diplomatischen Eklat zwischen Warschau und Moskau geführt.

Mil-Inr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK hat der Gegner **in den**

letzten 24 Stunden zweimal das Regime der Feuereinstellung verletzt.

Von den Positionen der 93. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Nowotoschkowskoje aus haben Kämpfer der BFU **Golubowskoje** mit Schützenpanzerwaffen beschossen. Infolge des Beschusses wurde ein Wohnhaus in der Wolgogradskaja-Straße 16 beschädigt.

Aber damit haben die ukrainischen Besatzer nicht aufgehört und wieder das Territorium der Republik im Gebiet von **Beresowskoje** mit Schützenpanzerwaffen beschossen, dabei wurde ein **örtlicher Einwohner, geb. 1982, verletzt**.

Gleichzeitig damit haben Kämpfer der 30. Brigade einen **Artillerieschlag** mit 82mm-Mörsern **auf Wohngebiete von Solotoje-5** verübt, in dessen Folge **ein Mann, geb. 1954 starb, eine Frau, geb. 1959, und ein Mann, geb. 1949 wurden verletzt**. Außerdem wurden Wohnhäuser in der Potschtowaja-Straße 34 ,udn 35 und der Proiswodstwennaja-Straße 21 beschädigt.

Auf ihre verbrecherischen Handlungen haben die ukrainischen Verbrecher eine adäquate Antwort erhalten – **alle Feuerstellungen des Gegners wurden entdeckt und unterdrückt**, was nach bestätigten Informationen unserer Aufklärung zu Verlusten von zwei Toten und drei Verletzten beim Gegner sowie zur Vernichtung eines 82mm-Mörser und zur Beschädigung eines Schützenpanzers führte.

Besonders zynisch vor dem Hintergrund von Tod und Verletzung friedlicher Einwohner unserer Republik sehen Handlungen der Kräfte für informationspsychologische Operationen der ukrainischen Streitkräfte und von ihnen ausgehaltenen Jorunalsiten ukrainischen Medien aus.

Nach uns vorliegenden Informationen arbeiten heute in Solotoje-4 und Nowotoschkowskoje zwei Gruppen ukrainischer Journalisten des Fernsehsenders „UA“, „Perwyj“ und „ICTV“, die unter Leitung von Militärpropagandisten eine **inszenierte Reportage über Beschuss von Seiten der Volksmiliz** erstellen. Die Aufnahmen erfolgen in zerfallenen Gebäuden am Rand der Ortschaften, die durch Beschuss von Artillerieeinheiten der ukrainischen Streitkräfte im Jahr 2014 zerstört wurden.

Um ihren Reportagen Vertrauenswürdigkeit zu verleihen, werden die ukrainischen Kämpfer die infolge unseres erwiderten Feuers verletzten Kämpfer einsetzen....

de.sputniknews.com: Protestaktion in Paris – Migranten ohne Dokumente fordern Legalisierung und Unterkunft für alle

Eine Demonstration für die Legalisierung von allen Migranten, die ohne Dokumente in Frankreich leben, findet am Samstag in Paris statt. Dies berichtet ein Sputnik-Korrespondent vor Ort.

Die Demonstranten-Kolonnen startete demnach von der Place de la Nation und bewegte sich den Boulevard Voltaire entlang. Es werde erwartet, dass die Aktion an der Place de la Bataille-de-Stalingrad ende.

Viele Protestteilnehmer halten den Angaben zufolge Flugblätter mit Forderungen in den Händen, die Lage der in Frankreich ohne Dokumente lebenden Migranten zu regeln, die Abschiebehaft abzuschaffen und Unterkunft für alle bereitzustellen.

Unter den Demonstrierenden sind laut der Nachrichtenagentur France-Presse viele Malier, außerdem Marokkaner und Senegalesen. Neben Paris sollen am Samstag ähnliche Kundgebungen auch in vielen anderen französischen Städten stattfinden, etwa in Marseille, Lyon, Rennes, Lille, Toulouse, Grenoble, Straßburg und Nantes.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32740/07/327400783_0:145:3071:1807_1000x0_80_0_1_2a54bbe2bb0ea0021fd0c9d875253a43.jpg.webp

abends:

de.sputniknews.com: **Klage der Trump-Regierung abgelehnt: Boltons Enthüllungsbuch darf erscheinen – Gericht**

Das Gericht hat die Veröffentlichung des Buches des Ex-Sicherheitsberaters von US-Präsident Donald Trump, John Bolton, trotz der Einwände des Weißen Hauses genehmigt. So die Entscheidung des Richters Royce Lamberth, wie der Datenbank der Gerichtsdokumente zu entnehmen ist.

„Der Angeklagte Bolton spielte mit der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten. Er ließ sein Land ungeschützt gegen Schäden und sich selbst - vor zivilrechtlicher (potenziell strafrechtlicher) Haftung. Diese Tatsachen haben jedoch keinen Einfluss auf das Antragsersuchen vor Gericht. Die Regierung konnte nicht feststellen, dass das einstweilige Verbot (auf die Veröffentlichung des Buches - Anm. d. Red.) einen unersetzbaren Schaden verhindern wird. Dementsprechend ist dieser Antrag abgelehnt“, urteilte der Richter. Die Trump-Administration behauptet, das Buch enthalte geheime Informationen, und Bolton habe den Inhalt nicht mit den Behörden abgestimmt. Bolton sagt, dass das Buch keine geheimen Informationen enthalte, und das Weiße Haus forderte ihn auf, abfällige Bemerkungen über Trump aus dem Buch zu streichen. Der Verlag behauptet, dass das Buch bereits gedruckt und vertrieben, obwohl noch nicht zum Verkauf angeboten worden sei, sodass die Veröffentlichung de facto nicht gestoppt werden könne. Am Vorabend der Gerichtsverhandlung veröffentlichte eine Reihe von Medien lange Passagen aus dem Buch, die scharfe Kritik an Trump enthalten.

de.sputniknews.com: **Abrüstungsvertrag mit den USA Priorität bei Verhandlungen in Wien - Russischer Botschafter**

Die Verlängerung des Vertrags über die Reduzierung strategischer Offensivwaffen (START-III) wird dem russischen Botschafter in Washington, Anatoli Antonow, zufolge eines der Hauptthemen des Treffens der Vertreter Russlands und der USA in Wien am 22. Juni sein. Russlands Vize-Außenminister Sergej Rjabkow bestätigte zuvor gegenüber der Agentur RIA Nowosti, dass die zwischenbehördlichen Konsultationen Russlands und der USA über Rüstungskontrolle und strategische Stabilität am 22. Juni in Wien stattfinden würden.

„Die Frage nach der Zukunft des START-Vertrags wird eines der zentralen Themen bei den bevorstehenden Konsultationen in Wien sein“, sagte Antonow am Samstag in einem Online-Interview.

Nach seinen Worten wolle Russland verstehen, was die „US-Pläne in Bezug auf diesen Vertrag“ seien.

„In der Zwischenzeit habe ich zumindest den Eindruck, dass die Amerikaner viele Einwände gegen den Inhalt dieses Abkommens haben“, fügte er hinzu.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/26617/81/266178138_0:354:2587:1753_1000x0_80_0_1_ae07309663cff51f23a8747737c2cc64.jpg.webp

de.sputniknews.com: **Entsteht bald Sicherheitsbüro in Hongkong? China legt Details zu Sicherheitsgesetz vor**

Nachdem sich das oberste Entscheidungsgremium des chinesischen Parlaments bei dreitägigen Beratungen damit befasste, hat die Regierung in Peking am Samstag Einzelheiten zu den Inhalten des geplanten Sicherheitsgesetzes für Hongkong veröffentlicht.

Das Vorhaben dürfte die tiefgreifendsten Veränderungen für die chinesische Sonderverwaltungszone seit der Rückgabe der früheren britischen Kronkolonie an China im Jahr 1997 mit sich bringen. Wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua auf ihrer offiziellen Webseite meldete, werde Peking gemäß dem Gesetzentwurf in Hongkong ein nationales Sicherheitsbüro errichten.

Der genaue Zeitrahmen für die Verabschiedung des Gesetzes in China ist noch unklar. Laut Xinhua soll es „zum frühest möglichen Zeitpunkt“ passieren. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters wird das Gesetz noch vor den Wahlen in Hongkong am 6. September in Kraft treten.

Das Sicherheitsgesetz

Am 28. Mai hatten die Abgeordneten des Nationalen Volkskongresses (Chinas Parlament) eine „Entscheidung zur Schaffung und Verbesserung des Rechtssystems und der Rechtsanwendungsmechanismen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit in dem Sonderverwaltungsgebiet Hongkong“ verabschiedet. Die Resolution delegiert dem Ständigen Ausschuss des Parlaments die Ausarbeitung des Entwurfs des Sicherheitsgesetzes für Hongkong.

Der Gesetzentwurf richtet sich gegen Aktivitäten, die subversiv oder separatistisch angesehen werden. Er beinhaltet ein Verbot auf alle Formen der Aufforderungen zum Sturz der Zentralregierung sowie zum Terrorismus und zur Einmischung von außen.

Kritik an Pekings Plänen

Die EU-Regierungen, Australien und die Vereinigten Staaten hatten bereits ihre Besorgnis über das Sicherheitsgesetz für Hongkong geäußert, das nach der Meinung von demokratischen Aktivisten, Diplomaten und einigen Unternehmen seinen Status der Halbautonomie und seine Rolle als Finanzzentrum gefährden könne.

Die Abgeordneten des Europaparlaments forderten in einer am Freitag mit großer Mehrheit gebilligten EntschlieÙung eine klare Positionierung der EU für die Autonomie Hongkongs.

Das EU-Parlament appellierte insbesondere an Deutschland, während seiner Ratspräsidentschaft die Arbeit an einer weltweit geltenden EU-Sanktionsregelung bei Menschenrechtsverstößen abzuschließen. Außerdem wurde gefordert, dass der Rat gezielte Sanktionen wie das Einfrieren von Vermögen chinesischer Amtsträger beschließe.